

Kapitel IV

Moralische, politische, ökologische und ökonomische Überlegungen

Legen wir das Minimum dieser allgemeinen Überlegungen im Einzelnen dar:

Moralische Überlegungen

Jeder Einzelne darf hoffen, dass ihm eine ebenso große Würde zuerkannt wird wie allen anderen Menschen und dass ihm hinreichende materielle Bedingungen zugänglich sind, um seine Auffassung vom guten Leben, unter Berücksichtigung der Auffassungen anderer, zu verwirklichen, und sich um die Anerkennung der anderen zu bemühen, indem er, wenn er es wünscht, am politischen Leben und an allen Entscheidungen teilnimmt, die seine Zukunft und die seiner Gemeinschaft betreffen.

Es ist ihm untersagt, im infantilen Wunsch nach Allmacht (der griechischen Hybris) der Maßlosigkeit zu verfallen, d.h. das Prinzip der gemeinsamen Menschheit zu verletzen und die gemeinsame Sozialität unter dem Vorwand zu gefährden, irgendeiner höheren Art anzugehören, oder dadurch, dass er eine solche Menge an Gütern oder eine solche Machtfülle an sich reißt und monopolisiert, dass die soziale Existenz aller Schaden nimmt.

Konkret ist es jedermanns Pflicht, die Korruption zu bekämpfen. *Passiv* bedeutet das, es abzulehnen, im Privatleben, bei der Arbeit oder generell in allen Tätigkeiten etwas für Geld (oder Macht oder institutionelles Ansehen) zu tun, was das Gewissen verurteilt; und sich auf diese Weise von dem, was man für richtig und wünschenswert erachtet, abbringen zu lassen. *Aktiv* bedeutet es, je nach eigenen Mitteln und eigenem Mut die Korruption bei anderen zu bekämpfen.

Politische Überlegungen

Es ist illusorisch, in absehbarer Zukunft die Errichtung eines einzigen Weltstaats zu erwarten. Die herrschende Organisationsform wird also für lange Zeit die vieler Staaten bleiben – seien sie national, plurinational, prä- oder postnational –, auch wenn, insbesondere in Europa, nach neuen politischen Formen gesucht wird und auch wenn es viele

andere Arten politischen Handelns gibt, namentlich über die Verbände und die NGOs. In konvivialistischer Hinsicht kann ein Staat oder eine Regierung oder eine neue politische Institution nur dann als legitim gelten, wenn sie:

- die vier Prinzipien der gemeinsamen Menschheit, der gemeinsamen Sozialität, der Individuation und der Konfliktbeherrschung beachtet und wenn sie die Umsetzung der daraus folgenden moralischen, ökologischen und ökonomischen Überlegungen erleichtert.
- Diese Prinzipien sind Teil einer Verallgemeinerung bürgerlicher und politischer, aber auch wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und ökologischer Rechte. Sie knüpfen an den Geist der Erklärung von Philadelphia an, in der 1944 die Ziele der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) neu definiert wurden und die im Artikel II bestimmte: »Alle Menschen, ungeachtet ihrer Rasse, ihres Glaubens und ihres Geschlechts, haben das Recht, materiellen Wohlstand und geistige Entwicklung in Freiheit und Würde, in wirtschaftlicher Sicherheit und unter gleich günstigen Bedingungen zu erstreben.« Eine richtige Politik ist eine Politik der Würde.

Insbesondere garantieren legitime Staaten ihren ärmsten Bürgern ein Minimum an Ressourcen, ein *Mindesteinkommen*, in welcher Form auch immer, das sie vor der Schande der Verelendung schützt, und untersagen es den Reichsten

nach und nach mit Hilfe der Einführung eines *Höchstinkommens*, der Schande des extremen Reichtums anheimzufallen und ein Niveau zu überschreiten, das die Prinzipien der gemeinsamen Menschheit und der gemeinsamen Sozialität untergräbt. Dieses Niveau kann relativ hoch sein, darf jedoch nicht über das hinausgehen, was der Anstand gebietet (*common decency*).

- Sie achten auf das rechte Gleichgewicht zwischen privaten, gemeinsamen, kollektiven und öffentlichen Gütern und Interessen.
- Sie sorgen oberhalb und unterhalb der Ebene des Staates und des Markts für die Vermehrung gemeinsamer und assoziativer Tätigkeiten, die grundlegend sind für eine globale Zivilgesellschaft, in der das Prinzip der Selbstverwaltung in einer Vielzahl von Räumen bürger-schaftlichen Engagements diesseits und jenseits der Staaten und Nationen wieder zu seinem Recht kommt.
- Sie erkennen in den zahlreichen digitalen Netzen, von denen das Internet eines der wichtigsten, aber nicht das einzige ist, ein mächtiges Werkzeug zur Demokratisierung der Gesellschaft und zum Auffinden von Lösungen, zu deren Generierung weder der Markt noch der Staat in der Lage war. Indem sie diese Netze als Gemeineigentum behandeln, fördern sie sie durch eine Politik der Öffnung, des kostenlosen Zugangs, der Neutralität und des Teilens.

- Durch die Umsetzung einer Politik zum Schutz der Gemeingüter, die in den traditionellen Gesellschaften existieren, und einer Politik, die die Entstehung, die Konsolidierung und die Ausweitung neuer Gemeingüter der Menschheit fördert, erneuern sie das alte Erbe der öffentlichen Dienste von Grund auf.

Ökologische Überlegungen

Die Menschen können sich nicht länger als Besitzer und Herren der Natur betrachten. Weit davon entfernt, ihr entgegenzustehen, sind sie vielmehr ein Teil von ihr, und sie müssen, zumindest metaphorisch, zu einer Beziehung von Gabe und Gegengabe mit ihr zurückfinden. Um in der Gegenwart eine ökologische Gerechtigkeit und den künftigen Generationen ein geschütztes natürliches Erbe zu ermöglichen, müssen sie deshalb der Natur ebenso viel oder mehr zurückgeben, als sie ihr entnehmen oder von ihr erhalten.

- Das Niveau des weltweit universalisierbaren materiellen Wohlstands entspricht annähernd demjenigen der reichsten Länder um das Jahr 1970, vorausgesetzt, man erreicht es mit den heutigen Produktionstechniken. Davon den Ländern, die seit Jahrhunderten der Natur am meisten entnommen haben, und denen, die erst damit

beginnen, nicht die gleiche ökologische Anstrengung verlangt werden kann, obliegt es den wohlhabendsten, dafür zu sorgen, dass ihre Naturentnahmen im Vergleich zu den Standards der 1970er Jahre regelmäßig sinken. Wenn sie ihre derzeitige Lebensqualität bewahren wollen, muss der technische Fortschritt vorrangig diesem Ziel gelten, um den Raubbau maßgeblich zu verringern.

- Absolute Priorität hat die Senkung des CO₂-Ausstoßes und die Nutzung der erneuerbaren Energien anstelle der Kernkraft und der fossilen Energien.
- Die Beziehung von Gabe und Gegengabe sowie der wechselseitigen Abhängigkeit muss insbesondere gegenüber den Tieren gelten, die nicht länger als Industriematerial betrachtet werden dürfen; und allgemeiner gegenüber der Erde.

Ökonomische Überlegungen

Es gibt keine erwiesene Korrelation zwischen monetärem oder materiellem Reichtum einerseits und Glück oder Wohlergehen andererseits. Der ökologische Zustand des Planeten macht es erforderlich, alle nur möglichen Formen eines Wohlstands ohne Wachstum zu erforschen. Im Sinne einer pluralen Ökonomie ist es daher notwendig, zu einem Gleichgewicht zwischen Markt, öffentlichem Sektor und

einer Ökonomie assoziativen (sozialen oder solidarischen) Typs zu gelangen, je nachdem, ob die zu produzierenden Güter oder Dienstleistungen individuell, kollektiv oder gemeinschaftlich sind.

- Der Markt und das Streben nach monetärer Rentabilität sind völlig legitim, solange sie – vor allem über die (sozialen und) gewerkschaftlichen Rechte – die Postulate der gemeinsamen Menschheit und der gemeinsamen Sozialität beachten und mit den genannten ökologischen Überlegungen in Einklang stehen.
- Vorrangig ist der Kampf gegen die spekulativen Auswüchse der Finanzwirtschaft, die Hauptursache der kapitalistischen Maßlosigkeit. Daraus folgt, dass die Abkoppelung der Realwirtschaft von der Finanzwirtschaft verhindert werden muss, indem man die Banktätigkeit und die Finanz- wie die Rohstoffmärkte streng reguliert, die Größe der Banken begrenzt und den Steuerparadiesen ein Ende setzt.
- Damit wird die effektive Entwicklung aller menschlichen Reichtümer ermöglicht, die sich keineswegs auf den wirtschaftlichen, materiellen oder monetären Reichtum beschränken. Dazu gehören auch der Sinn für erfüllte Pflicht, Solidarität oder das Spiel sowie alle Formen der Kreativität auf künstlerischem, technischem, wissenschaftlichem, literarischem, theoretischem oder sportlichem Gebiet usw. Kurz, der ganze Reichtum, der

mit der einen oder anderen Form von Unentgeltlichkeit oder Kreativität sowie mit der Beziehung zu den anderen einhergeht.